

KommPlus



Neue Heimat für Insekten – wie die EnBW-Tochter Netze BW Artenvielfalt in ihren Umspannwerken fördert

Wärmewende funktioniert nur gemeinsam

Das Umweltministerium lud am 17. Juli zum Wärmegipfel ein, bei dem auch die EnBW vertreten war. EnBW-Technikvorstand Dr. Georg Stamatelopoulos betonte, es komme auf die gemeinsame Anstren-



Dr. Georg Stamatelopoulos, Technikvorstand der EnBW, spricht vor Gästen des Wärmegipfels.

gung aller Beteiligten und die Ausschöpfung aller Potenziale an – von Kraft-Wärme-Kopplung über tiefe Geothermie und industrielle Abwärme bis hin zu grünen Brennstoffen.

Besonderes Augenmerk legte er auf die vielerorts schon gute Kooperation zwischen Kommunen und Energieversorgern, die weiter intensiviert werden müsse. „Dazu können auch digitale Tools beitragen, die gerade kleinere Gemeinden befähigen, mit überschaubarem Aufwand die kommunale Wärmeplanung anzugehen.“ Die kommunale Wärmeplanung müsse daher nicht nur Investitionen in die unterschiedlichen Technologien zur Wärmeerzeugung koordinieren, sondern auch die Infrastrukturmaßnahmen für leitungsgebundene und dezentrale Erzeugung, forderte Stamatelopoulos. Für die Finanzierung der Wärmewende seien zudem Förderkonzepte der Politik auf Bundes- wie Landesebene zwingend notwendig.

Die EnBW testet leistungsstarkes Brennstoffzellensystem

Die EnBW wird am Standort ihres Geothermiekraftwerks in Bruchsal ein modernes Brennstoffzellensystem des US-Anbieters Bloom Energy bauen und testen. Es verfügt über 300 Kilowatt elektrische Leistung. Der erzeugte Strom kann zur Eigenversorgung des Kraftwerks genutzt oder vermarktet werden. Die Anlage lässt sich mit einem Mix aus Wasserstoff und Erdgas betreiben. Perspektivisch ist eine komplette Umrüstung auf grünen Wasserstoff möglich.

Die EnBW arbeitet seit Langem daran, Brennstoffzellen für verschiedene Einsatzbereiche nutzbar zu machen. Bisher lag der Fokus auf kleinen Heizsystemen. Nun schneidet die EnBW moderne Wasserstofftechnik zunehmend auf industrielle und kommunale Anwendungen zu.

Verwaltungsdaten: digital und zentral

Unter dem Namen daten.bw will das Land einen zentralen Zugang zu unterschiedlichsten Verwaltungsdaten aus ganz Baden-Württemberg schaffen. Zwar bestehen auf Landesebene sowie auf kommunaler Ebene bereits einige Fachportale, die Verwaltungsdaten veröffentlichen. Allerdings muss man diese Portale kennen und einzeln abfragen. Seit Juli können Landesbehörden, öffentliche Stellen und Kommunen die neue Plattform befüllen.

Zum Start des Portals stehen rund 900 Datensätze bereit – unter anderem mit Förderdaten beim Breitbandausbau, Wahldaten, Fahrplandaten oder Daten über Landschaftsschutzgebiete, Windkraftanlagen und Lärmkartierungen. Die Daten der bereits bestehenden Fachportale werden sukzessive an daten.bw angebunden. Das Portal ist als Metadatenportal konzipiert, sodass die Daten auf Servern der Landeseinrichtungen und Kommunen, die die Daten bereitstellen, gespeichert bleiben.

Hier geht's zum Datenportal:
www.daten-bw.de

Repowering für mehr Ertrag



Zurzeit stehen circa 30.000 Windenergieanlagen in Deutschland. Für 100 Prozent erneuerbare Energien in allen Sektoren brauchen wir „nur“ noch 10.000 neue leistungsstarke Windkraftanlagen plus Repowering. Insgesamt sind es dann 40.000 Stück. Das hat die Energy Watch Group berechnet. In Ingstetten im Alb-Donau-Kreis werden nun fünf Anlagen, die mehr als 20 Jahre Ökostrom erzeugt haben, durch sechs neue Anlagen ersetzt und können dann statt 800 rechnerisch fast 20.000 Haushalte klimafreundlich versorgen. Wie die Windenergieanlagen abgebaut und recycelt werden, ist auf dem Foto aus dem EnBW-Windpark Hemme in Schleswig-Holstein zu sehen.

140

Amphibien- und Reptilienschutzprojekte wurden in Baden-Württemberg mithilfe des EnBW-Förderprogramms „Impulse für die Vielfalt“ seit 2011 umgesetzt.



So könnten die Windkraftanlagen beim Weiler Küche aussehen. In dem Teilgebiet sollen sich künftig fünf der insgesamt zehn neuen Turbinen drehen. Die restlichen Anlagen verteilen sich auf zwei weitere Areale rund um Burladingen.

Die Tempomacher von Burladingen

Mehr als zwei Jahre benötigen deutsche Behörden bisher im Schnitt, um einen Windpark zu genehmigen. Für ein Projekt in Burladingen werden dafür voraussichtlich sechs Monate anfallen. Dabei hilft nicht nur eine neue Gesetzgebung, sondern auch die frühzeitige Information der Bevölkerung.

Noch lassen sich die zehn Windenergieanlagen auf den drei Bergrücken rund um Burladingen nur auf der Fotomontage bewundern. Doch 2026 sollen sich die Rotoren der Turbinen wirklich drehen. Gemeinsam mit der EnBW treibt die Kleinstadt das Projekt voran. Der Windpark soll rechnerisch Strom für fast 35.000 Haushalte erzeugen können. „Es ist absehbar, dass die Umsetzung schneller gehen wird als bislang üblich“, sagt Bürgermeister Davide Licht. Das Vorhaben dient deshalb als Vorbild für einen zügigen Windenergieausbau in Baden-Württemberg. Bis 2030 sollen hier laut Landesregierung 1.000 neue Windenergieanlagen in Betrieb gehen. Die Anlagen werden auf städtischem Grund stehen. Dadurch fließen der Stadt für die nächsten 20 bis 25 Jahre Pachteinnahmen von etwa 500.000 Euro pro Jahr zu. Ein stattlicher Betrag für eine Kommune, die jedes Jahr rund sieben bis zehn Millionen Euro investiert.

Vorrang für städtischen Grund

Die Pachtbeträge kommen also dem Gemeinwohl zugute, so wie es die Kommune schon vor Jahren

geplant hat. „Die Stadt hat sich damals aus diesem Grund dafür entschieden, im Teilflächennutzungsplan nur Areale für die Windkraft vorzusehen, die der Kommune gehören“, sagt Berthold Wiesner, Erster Beigeordneter in Burladingen.

Die Kommune im Zollernalbkreis hat schon lange Erfahrung mit Windenergieprojekten. Im Jahr 1995 ging in Burladingen-Melchingen der erste Windpark Baden-Württembergs in Betrieb. Er umfasst drei Anlagen und steht ebenfalls auf städtischem Grund. Nachdem der aktuelle Flächennutzungsplan 2018 rechtskräftig geworden war, schrieb die Stadt die Entwicklung des Projekts aus und gab der EnBW den Zuschlag. Die Windmessungen über mehr als ein Jahr verliefen vielversprechend. Kurz darauf waren die Verträge unterschriftsreif.

Erfolgreiche Informationskampagne

Sehr früh begannen die EnBW und die Stadt damit, ihre Pläne öffentlich zu machen. „Alles sollte so transparent wie möglich sein“, sagt Fabian Maisch, Projektleiter der EnBW. In sieben Amtsblättern der Region wurden Anzeigen veröffentlicht, die rund 130.000 Menschen erreichten. Mit einer Nabenhöhe von 166 Metern werden die Turbinen weit sichtbar sein. Wer noch Informationen brauchte, konnte sie auf elektronischem Weg anfordern. Offensichtlich fühlte sich die Öffentlichkeit aber bereits gut informiert. „Es kamen gerade mal neun Anfragen“, sagt Maisch.

Der Bau von Windparks unterliegt strengen Vorschriften. Kern des Genehmigungsverfahrens ist die Prüfung der Umweltbelange. Sie dauert meist mehrere Jahre. Expert*innen für Naturschutz untersuchen in dieser Zeit, wie sich das Projekt auf Pflanzen- und Tierwelt auswirken wird. Oft stehen sie mit Fernglas und Notizblock im Wald und beobachten etwa, wo Vögel Nistplätze einrichten oder welche Flugbahnen Fledermäuse wählen.



EnBW-Projektleiter Fabian Maisch (r.) bei Abgabe des Genehmigungsantrags im Juli 2023. Daneben Landrat Günther-Martin Pauli (l.) und Katja Miller, Leiterin der Immissionsschutzbehörde im Landratsamt Zollernalbkreis. Wenn alles glatt läuft, werden die Windkraftanlagen bei Burladingen ab 2026 Strom erzeugen.

In vielen Fällen handelt es sich dabei um Untersuchungen, die bereits gemacht wurden, als die Areale im Flächennutzungsplan für die Windenergie ausgewiesen wurden. Diese doppelten Prüfungen werden künftig entfallen. Das sieht die neue EU-Verordnung zum Ausbau der erneuerbaren Energien vor, die im März 2023 in deutsches Recht umgesetzt wurde. Die Genehmigungsverfahren beschleunigen sich dadurch.

Turbo für den Ausbau

Im Falle Burladingen hatte die EnBW zwar die nötigen Prüfungen nach bisheriger Rechtslage bereits durchgeführt, sie mussten nach neuer Rechtslage aber nicht mehr beim Landratsamt eingereicht werden. Dadurch können die Behörden viel schneller arbeiten. Das wird auch am Umfang der Unterlagen deutlich. „Für ähnliche Projekte musste ich früher um die 30 Aktenordner abgeben, jetzt sind es nur noch zwölf“, sagt Projektleiter Maisch. Er rechnet damit, dass die Genehmigungen in sechs Monaten vorliegen können. Bislang waren gut zwei Jahre üblich.

In Zukunft werden sich die Verfahren noch mehr beschleunigen. Der Bundestag hat im Juli einen weiteren Turbo zugeschaltet und eine sogenannte Öffnungsklausel beschlossen. Kommunen dürfen bislang nur dann Flächen für die Windenergie ausweisen, die schon in der Regionalplanung dafür vorgesehen waren. Davon hatten sich einzelne Länder bereits auf eigene Faust verabschiedet. Nun gilt die Regel einheitlich bundesweit. Dass es auch in Burladingen weitere Windenergieprojekte geben könnte, schließt Bürgermeister Licht aufgrund der derzeitigen Vorgabe des Landes und der damit verbundenen Planung des Regionalverbandes nicht aus.

Das Projekt

Vorgesehen sind zehn Turbinen des Typs Vestas V162, die an drei Orten nördlich und südlich der Stadt stehen werden. Der Rotor Durchmesser beträgt 162 Meter, die Nabenhöhe liegt bei 166 Metern, die gesamte Bauwerkshöhe bei 247 Metern. Jede der zehn Turbinen hat eine Nennleistung von 5,6 Megawatt. Das reicht rechnerisch, um insgesamt mehr als 35.000 Haushalte mit Strom zu versorgen. Sobald die Genehmigungen vorliegen, gehen die Bestellungen raus. Dann schließt sich eine Lieferzeit von rund eineinhalb Jahren an.

Drei Fragen an Julia Wolf, Vorsitzende beim Bundesverband Windenergie (BWE), Landesverband Baden-Württemberg

Was sind die wesentlichen Stell-schrauben für den Hochlauf der Windenergie in Baden-Württemberg?

Als Erstes brauchen wir viel mehr Flächen. Wir müssen 1,8 Prozent der Fläche Baden-Württembergs für die Windkraft ausweisen, um Wirtschaft und Menschen günstig und klimafreundlich mit Strom zu versorgen. Ein weiterer Punkt ist der Natur- und Artenschutz, der oft als Verhinderungsinstrument für die Windenergie missbraucht wird. Da sind wir dank neuer bundeseinheitlicher Regeln auf einem guten Weg. Windkraft und Artenschutz können so in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus ist eine bessere Synchronisierung des Ausbaus der Wind- und Solarparks mit dem Ausbau der Stromnetze notwendig. Eine der größten Bremsen für die Energiewende ist jedoch weiterhin die Dauer der Genehmigungsverfahren. Verfahrenslaufzeiten von zwei Jahren sind keine Seltenheit. Positive Beispiele zeigen, dass es schneller gehen kann. Davon gibt es aber noch viel zu wenig.



Wie wirkt sich die neue EU-Notfallverordnung auf Windenergieprojekte in Baden-Württemberg aus?

Die Verordnung hat das Zeug, zum Gamechanger des schnellen Windkraftausbaus zu werden. Sie besagt, dass Projektentwickler keine spezifische Umweltverträglichkeitsprüfung machen müssen, wenn im Rahmen der Regionalplanung eine allgemeine Umweltverträglichkeitsprüfung für diese Fläche erfolgt ist. Bislang greift die neue Regel aber nur auf sehr wenigen Flächen. Im Zuge der Regionalplanungsoffensive ändert sich das nun. Allerdings werden die neuen Regionalpläne erst 2025 rechtskräftig, die Notfallverordnung gilt aktuell nur bis 2024. Wir fordern daher eine unbefristete Fortschreibung, auch weil es um den Einsatz knapper Ressourcen geht. In den kommenden zwei Jahrzehnten müssen wir in Baden-Württemberg 100 neue Windkraftanlagen pro Jahr ans Netz bringen, um die von der Politik gesetzten Ziele zu erreichen. Es würde gar nicht genug Personal im Umweltgutachterbereich geben, um jedes einzelne Projekt spezifisch zu prüfen.

Wie wird sich die kommunale Öffnungsklausel auswirken?

Mit der kommunalen Öffnungsklausel erweitert die Bundesregierung den Spielraum der Kommunen, eigenständig Flächen für die Windenergie bereitzustellen – so, wie es für Fotovoltaikflächen bereits möglich ist. Das ist ein wichtiger Schritt, um vor Ort die Energiewende umzusetzen und lokalen Unternehmen den Weg der Dekarbonisierung zu ebnen. Wir erwarten, dass durch diese positive Öffnungsklausel die Verfügbarkeit von Flächen steigen wird und dadurch der Ausbau der Windenergie einen zusätzlichen Schub erhält.

Volladen bei voller Fahrt

Daran, dass Fahrzeuge Strom laden, anstatt Sprit zu tanken, haben wir uns in den letzten Jahren ja bereits gewöhnt. Laden, während das Fahrzeug fährt, ist etwas Neues – wird aber in Balingen und Karlsruhe von der EnBW erprobt. Möglich machen das Magnetspulen in der Fahrbahn.

Wer in Balingen diesen Sommer die Landesgartenschau besuchen wollte, konnte sich vom Parkplatz per bereitstehendem Shuttlebus ganz bequem bis direkt zur Blumenpracht chauffieren lassen. Wahrscheinlich werden viele Fahrgäste nicht registriert haben, dass sie in einem Bus saßen, den es so vorher noch nirgendwo gab: Der Shuttlebus fährt nicht nur elektrisch, er lädt seine Batterien auch während der Fahrt und an Haltestellen kontaktlos auf.

Magnetspulen in der Fahrbahn

Möglich machen das Magnetspulen, die unter der Fahrbahn – die Teststrecke ist ungefähr 400 Meter lang – verlegt wurden. Nähert sich der Bus dieser Stelle, werden dort hochfrequente Magnetfelder erzeugt. Diese Magnetfelder erzeugen in Empfängerspulen, die sich am Fahrzeugboden des Busses befinden, einen elektrischen Stromfluss – und mit dem wird dann die Batterie geladen. An beiden Endhaltestellen, Messegelände und Stadthalle, befinden sich außerdem induktive Ladestationen. Das innovative Verfahren nennt sich „Dynamic Wireless Power Transfer“ (DWPT).

Schnelllade-Infrastruktur zur Absicherung

Die Projektpartner – neben der EnBW, die die Projektsteuerung innehat, sind das vor allem die Stadt Balingen und die Stadtwerke – nutzten den Gartenschau-Shuttlebus, um die Technologie unter realen Bedingungen zu testen. „Um auf Nummer sicherzugehen, haben wir zusätzlich auf dem Busdepot eine Schnellladesäule gebaut“, erzählt EnBW-Projektleiter Alexander Pöllauer. „Im Durchschnitt musste der Bus alle zwei Tage an die Ladesäule.“ Der Bus stand nämlich kürzer als ursprünglich gedacht an den beiden induktiven Haltestellen und hatte somit entsprechend weniger Zeit zum Aufladen. Weiteres Optimierungspotenzial bieten Positionierungshilfen für die Busfahrer und eine Erhöhung der Ladeleistung pro Induktionsspule.

Auf gute Zusammenarbeit kommt es an

Dennoch ist Pöllauer zufrieden: „Mich hat besonders gefreut, dass die Zusammenarbeit mit allen Projektpartnern so gut geklappt hat.“ Die Stadt Balingen und die Stadtwerke zogen gemeinsam mit der EnBW und dem Systemlieferanten Electreon an



Auf den ersten Blick ein ganz normaler Shuttlebus. Die Magnetspulen, die die Batterie induktiv laden, werden in die Fahrbahn verlegt.

einem Strang. Nur so konnte ein derart innovatives Projekt erfolgreich umgesetzt werden.

Die dynamische drahtlose Ladetechnologie ist übrigens zumindest für die EnBW keine Neuerung: Bereits seit 2021 verbindet in Karlsruhe testweise ein induktiv während der Fahrt ladender Werksbus das neue Ausbildungszentrum auf dem Gelände des Rheinhafens mit dem ÖPNV.



Ein aufschlussreiches Video zum E-Bus wurde bei „Im Ländle“ veröffentlicht. Mit dem QR-Code geht's direkt zum Video.

Die Fahrt geht weiter

Der Bus wird auch nach dem Ende der Gartenschau noch bis 2025 und darüber hinaus in Balingen und Umgebung weiter fahren und kabellos laden.

Spektrum der Sicherheit

Kommunen sorgen dafür, dass Menschen sicher und unbeschwert leben. Dazu gehört der Schutz gegen Hochwasser und Feuer, aber auch die Abwehr von Cyberkriminalität oder der Umgang mit Umweltkatastrophen. Die EnBW und ihre Konzerntöchter unterstützen Städte und Gemeinden bei zahlreichen Sicherheitsthemen. Ein Überblick.



Noysee Hochwasserfrühwarnsystem

Unwetter machen aus Bächen schnell reißende Ströme. Hier zählt jede Minute. Mit moderner Sensortechnik überwacht das System Noysee die Pegel von Gewässern und warnt vor drohendem oder auftretendem Hochwasser. Über eine direkte Information an Behörden und Feuerwehren können schnelle Maßnahmen zum Schutz von Infrastruktur, Eigentum und der Bevölkerung erfolgen.



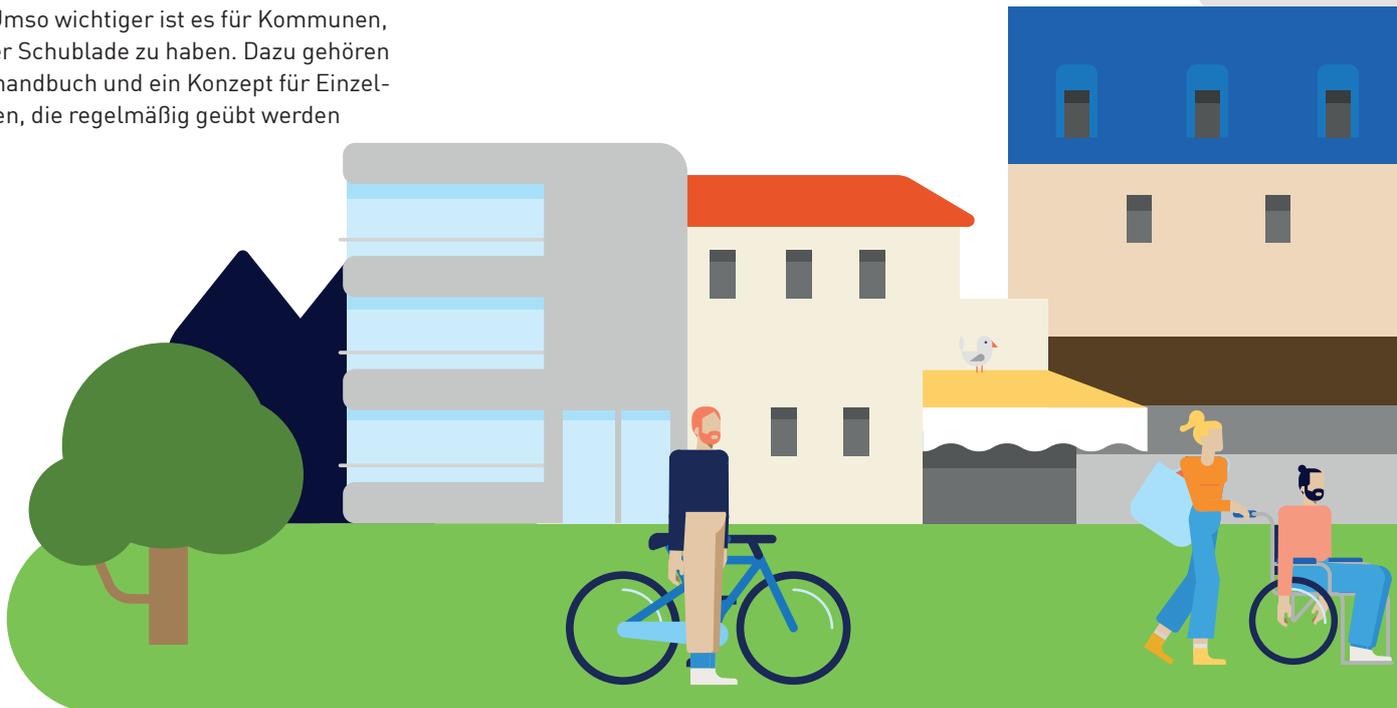
Starkregenrisikomanagement

Anhand der in Projekten erstellten Starkregengefahrenkarten können Bereiche mit erhöhtem Überflutungspotenzial und -risiko identifiziert werden. Daraus lassen sich Lösungen zum Schutz der Bevölkerung und Infrastruktur ableiten und die Einsatzpläne der Rettungskräfte optimieren.



Notfall- und Krisenmanagement

Wetterextreme oder Blackout – Krisen kommen plötzlich. Umso wichtiger ist es für Kommunen, Pläne in der Schublade zu haben. Dazu gehören ein Krisenhandbuch und ein Konzept für Einzelmaßnahmen, die regelmäßig geübt werden sollen.





SAT-Notfallkommunikation

Der Kontakt zwischen den Beteiligten ist entscheidend beim Krisenmanagement. Doch wenn Festnetz und Mobilfunk ausfallen, fehlen die Kommunikationswege. Satellitengestützte Mobiltelefone, Festinstallationen oder Notfallkoffer stellen sicher, dass Kommunen autonom und schnell handeln können.



Cyberkriminalität

Risiken durch Schadsoftware, Datendiebstahl oder Lösegeldforderungen nehmen zu, daher müssen Kommunen ihre IT-Infrastruktur schützen. Die EnBW Cyber Security hilft ihnen, Vorschriften einzuhalten, analysiert Schwachstellen, schließt Datenlecks oder übernimmt das IT-Sicherheitsmanagement.



GPS-Notruf

Auch Mitarbeiter*innen von Kommunen können Übergriffen oder anderen Gefahren ausgesetzt sein. Ein versteckter Tastendruck auf das GPS-Notrufgerät verständigt im Notfall die Leitstelle der Netze BW Sparte Dienstleistungen. Sie leitet im Vorfeld vereinbarte Schritte ein und alarmiert Polizei oder Rettungskräfte.



Versorgungskonzept Stromausfall

Großflächige Stromausfälle sind zwar unwahrscheinlich, dennoch müssen Kommunen vorsorgen. Die EnBW unterstützt sie dabei, Risiken zu minimieren und im Notfall zu reagieren. Das erarbeitete Konzept umfasst zum Beispiel eine Notstromversorgung für alle Einrichtungen, die in Krisen unentbehrlich sind.



Jeder Quadratmeter zählt

Die Netze BW legt auf freien Flächen ihrer Umspannwerke nach und nach artenreiche Blumenwiesen an. Friederike Müller ist Umweltingenieurin und betreut die sogenannten Summspannwerke. Warum mehr dahintersteckt, als nur Blumensamen auszustreuen, erzählt sie uns am Standort Nehren.

Inzwischen gibt es in 49 Umspannwerken artenreiche Blumenwiesen. Warum macht die Netze BW das?

Unsere Anlagen stehen mitten in der Natur, wir verfügen hier über Flächen, die wir vorübergehend nicht benötigen, und Außenstehende dürfen das Gelände aus Sicherheitsgründen nicht betreten. Das sind perfekte Voraussetzungen, um ganz viel für die Artenvielfalt zu tun. Dieses Potenzial nutzen wir gern – natürlich immer mit dem notwendigen Abstand zu stromführenden Anlagen.

Wie wird eine Anlage zu einem Summspannwerk?

Wir schauen am Anfang des Jahres, an welchen Standorten ohnehin Baumaßnahmen geplant sind. An diese Baustellenphasen hängen wir uns dran. Unser Ziel ist es, pro Jahr zehn neue Summspannwerke entstehen zu lassen. Die Energiewende spielt uns hier in die Hände, denn sie erfordert praktisch an jedem Standort Änderungen.

Richtig bunt ist die Blumenwiese nicht. Ist beim Aussäen etwas schiefgegangen?

Unser Gehirn verbindet mit Vielfalt oft bunt, dabei ist das Gegenteil der Fall. Man sieht es auf den ersten Blick nicht, aber wir kommen auf 30 bis 60 Pflanzenarten pro zehn Quadratmetern! Im ersten Jahr halten sich Blumen und Gräser auf unseren Wiesen meistens die Waage. Mittelfristig wollen wir den Anteil der Gräser reduzieren und den Anteil an mehrjährigen Blumen erhöhen.

Sie arbeiten eng mit Biologen vom Netzwerk Blühende Landschaft zusammen. Einfach Saatgut einsäen und abwarten reicht also nicht?

Wenn man es ernst meint, nicht. Ein Boden in der Rheinebene hat beispielsweise ganz andere Voraussetzungen als ein Boden auf der Schwäbischen Alb. Selbst Anlagen in unmittelbarer Nähe zueinander können sich in der Bodenzusammensetzung deutlich unterscheiden. Jede Anlage erhält deshalb eine eigene regionale Saatgutmischung. Welche Arten sich am Ende durchsetzen, ist trotzdem jedes Mal eine Überraschung. Es gibt auch bestehende Wiesen in Umspannwerken, die ohne unser Zutun bereits eine große Artenvielfalt aufwei-

sen. Dort säen wir nicht neu ein, sondern konzentrieren uns auf eine angepasste Pflege.

Es ist Ende Juni, Blumen und Gräser stehen fast meterhoch, es krecht und fleucht überall. Neben uns wartet aber schon der Mäher auf seinen Einsatz. So wird das Paradies doch mitten im Sommer wieder zerstört?

Im Gegenteil. Das Mähen ist elementar für die Qualität der Wiese. Unsere Böden sind über die vergangenen Jahrzehnte viel zu nährstoffreich geworden. Dadurch wachsen einige wenige Pflanzen sehr schnell, verdrängen wichtige heimische Arten und reduzieren so die Artenvielfalt drastisch. Indem wir regelmäßig mähen, entziehen wir den Böden nach und nach Nährstoffe. Gräser wachsen nicht mehr so schnell und wertvolle mehrjährige Pflanzen haben den nötigen Platz zum Wachsen. Für den Erhalt der Artenvielfalt benötigen wir mehr magere Böden.

Aber das Mähen geht auf Kosten der Insekten?

In den meisten Fällen mähen unsere Anlagenpfleger mit einem sogenannten Balkenmäher: Der Schnitt ist schonender und das Mähgut wird zunächst liegen gelassen und in einem zweiten Arbeitsschritt eingesammelt. Viele Insekten sind dann weg. Wir haben aber auch einen Dienstleister, der aufgrund der Arbeit mit uns seine herkömmliche Mähmaschine in Eigenkonstruktion insektenschonend umgerüstet hat.

Haben Sie manchmal trotzdem das Gefühl, das sei ein Tropfen auf den heißen Stein?

Überhaupt nicht, jeder Quadratmeter zählt! Wir kommen aber tatsächlich heute schon auf eine Fläche von über 112.000 Quadratmetern Blumenwiesen, was etwa 16 Fußballfeldern entspricht. Langfristig werden wir jedes unserer 350 Umspannwerke zu einem Summspannwerk machen. Wir haben als erster Netzbetreiber den Anfang gemacht; inzwischen kommen auch andere Betreiber auf uns zu und suchen den Erfahrungsaustausch. Wir finden Nachahmer und das ist großartig.



Neben ihren eigentlichen Aufgaben als Umweltingenieurin leitet Friederike Müller das inzwischen umfangreiche Projekt „Summspannwerke“.



Folgen Sie dem QR-Code, wenn Sie wissen möchten, wo in Ihrer Nähe ein Summspannwerk ist.



Oben: Summspannwerk Nehren von oben
 Links: Wenn keine Balkenmäher zum Einsatz kommen, werden die Wiesen mit einer speziell umgebauten Mähmaschine gemäht. Eisenketten vor dem Mähwerk scheuchen Insekten auf, bevor die Wiese gemäht wird.

Impressum

Herausgeber: EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Anschrift: Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe
E-Mail: medien-events@enbw.com
Projektleitung: Eva Wulff, Uwe Fritz (v. i. S. d. P.)
Redaktion: Heimo Fischer, Susanne Quinto, Eva Wulff
Layout: Miriam Elze
Druck: Systemedia
Fotos: EnBW, KEA-BW/Jan Potente (Seite 2), Silke Reents (Seite 6)

Datenschutzinformation

Wir haben die Netze BW GmbH – Kommunale Beziehungen, Schelmenwasenstr. 15, 70567 Stuttgart, mit dem Versand der KommPlus beauftragt. Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt durch die Netze BW GmbH zu Zwecken von Einladungen, des Direktmarketings oder einer direkten Kontaktaufnahme, also eines berechtigten Interesses (Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO). Wir speichern Ihre Daten, solange Sie Ihre Funktion innehaben oder wir aufgrund von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten zur Speicherung verpflichtet sind. Sie können dem Bezug der KommPlus jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter:

www.netze-bw.de/datenschutz. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter: datenschutz@netze-bw.de.

KommPlus per E-Mail?

Wenn Sie das Magazin lieber als PDF erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an kommunale-beziehungen@netze-bw.de.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier
mit dem Gütesiegel „Der Blaue Engel“